

Entwicklungsperspektiven

a) Der rechtlich-politische Rahmen für Afrikas Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

Uta Uchegbu

Die 760 Millionen Einwohner des Kontinents Afrika bilden ein Achtel der Weltbevölkerung, erwirtschaften aber nur ein Hundertstel des Weltbruttosozialprodukts. 40 Prozent der Afrikaner leben in absoluter Armut, 50 Prozent können weder lesen noch schreiben, 60 Prozent haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Die Ausbreitung von Seuchen wie Aids überfordert die Mittel afrikanischer Regierungen. Um das Weltbankziel einer Halbierung der Armut bis 2015 zu erreichen, müsste Afrikas Wirtschaft sofort um jährlich acht Prozent wachsen, und die Investitionsquote müsste auf unerreichbare 40 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistungen steigen. Aber Afrika gestaltet seine Wirtschaftspolitik nicht selbst, sondern sie wird von schwankenden Rohstoffpreisen, andauernden Handelsbarrieren der reichen Länder und von außen diktierten Schuldenerlassprogrammen vorgegeben. Die Kontraproduktivität jetziger Handelsmaßnahmen wird durch die Tatsache bewiesen, dass Afrika noch 1960 Lebensmittel exportiert hat, während es heute 25% importieren muss. Die Studie der britischen NGO Christian Aid vom Juli letzten Jahres mit dem Titel „Das Versagen der Wirtschaftswissenschaften - die wirklichen Kosten des ‚freien‘ Handels für arme Länder“ belegt konkret, dass die Öffnung der Märkte Afrikas südlich der Sahara fast 300 Milliarden Euro Verlust gebracht hat. Das entspricht etwa der Summe dessen, was diese Länder an Entwicklungshilfe erhalten haben.

Die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit der 53 afrikanischen Staaten, um afrikanische Interessen auf globaler Ebene besser zu vertreten, bildete daher seit vielen Jahren Kern fast jeder Grundsatzrede afrikanischer Präsidenten: „Afrika muss Akteur statt Opfer der Globalisierung werden!“ Die Umsetzung dieses Wunsches in konkrete Zielsetzungen bedeutete die Gründung der OAU und AU (Organisation of African Unity und African Union). Um die scheinbare Auswegslosigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas begreifen zu können, ist es absolut notwendig, sich den rechtlichen Rahmen anzusehen, in dem Welthandel betrieben wird, oder passender für die Entwicklungsländer: gefangen ist.

Die WTO

Die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organisation) wurde 1995

gegründet. Sie vereinbart die Regeln des Welthandels mit dem Ziel der Liberalisierung. Die wichtigsten WTO-Abkommen sind

das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen **GATT** (General Agreement on Trade and Tariffs), es gibt den juristischen Rahmen und regelt seit 1947 den weltweiten Handel mit Gütern. 1995 wurde es in die WTO überführt;

GATS (General Agreement on Trade and Services),

TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property) und das **Agrarabkommen**

Die WTO hat 148 Mitglieder, wovon mehr als zwei Drittel Entwicklungsländer sind.

Alle zwei Jahre treffen sich die MinisterInnen der Mitgliedsstaaten, um über Konditionen des Welthandels zu beraten und verhandeln. Die Letzte Konferenz war vom 13.-18. Dezember 05 in Hong Kong. Dazu einige Stichworte (taz) und Schwerpunkte:

Gruppierungen

Quad: Dieses aus USA, EU, Japan und Kanada bestehende Quartett hat lange die Fragen untereinander ausgemacht und dann der restlichen WTO-Mitgliedschaft nur noch zum Abnicken präsentiert.

G 90: Die Gruppe der ärmeren Entwicklungsländer hatte den Forderungen der Großen wenig entgegenzusetzen. Zu abhängig sind sie von kleineren Handelsvergünstigungen, wie sie viele afrikanische Länder etwa von der EU eingeräumt bekommen.

G 20: Dies änderte sich 2003 in Cancun, als sich die ökonomisch stärkeren Entwicklungsländer wie Brasilien, China und Indien zu einer geschlossenen Front gegen die dreisten Forderungen des Nordens nach Marktöffnung zusammenschlossen.

FIP: Seither haben sich die Gewichte verschoben. Industrie- und Schwellenländer - EU, USA, Australien, Brasilien und Indien - verhandeln nun direkt. Sie bezeichnen sich ganz bescheiden als „Fünf interessierte Parteien“. . Einigkeit erzielen sie aber selten, und so gibt es auch für die WTO keine Einigung.

Welthandel – worum geht es da?

Landwirtschaft: Die EU schützt ihre Landwirtschaft mit hohen Subventionen vor überlegener Weltmarktkonkurrenz (was GATT explizit verbietet, aber erst seit kurzer Zeit vehement und kompetent von G90 Staaten beim Internationalen Gerichtshof eingeklagt wird.;z.B. amerikan. Baumwolle und europ. Zucker), während sie von den Entwicklungsländern fordert, ihre Märkte zu öffnen. Als Folge werden mit künstlich verbilligten, hochsubventionierten Gütern einheimische Produzenten vom Markt verdrängt. Die Entwicklungsländer fordern daher einen verbesserten Zugang zu den Märkten des Nordens, außerdem einen Schutz ihrer Märkte durch erhöhte Zölle. Es geht meist um kleinbäuerliche Landwirtschaft, die für eine Grundernährung sorgt. Die EU hat zwar versprochen, zumindest Exportsubventionen zu stoppen, den Zeitpunkt hat sie aber noch nicht bestimmt. Alle Industrieländer zusammen haben letztes Jahr für Produktions- und Exportsubventionen landwirtschaftlicher Güter 349 Milliarden US-Dollar ausgegeben – fast 1 Millionarde Dollar am Tag. Die Zerstörung der lokalen Märkte in Entwicklungsländern durch Billigexporte aus der EU ist ein schon lange bekannter Skandal. Auf dem Markt in Dakar im Senegal kann man europäisches Dumping-Gemüse aus Frankreich, Portugal oder Spanien zu einem Drittel des einheimischen Preises kaufen.

Industrie: Hier gibt es das gleiche Problem. Die EU möchte durch Zollsenkungen vorteilhafter in die Märkte der Entwicklungsländer vorstoßen. Dabei sind Zölle ein wesentliches Instrument der eigenen Entwicklung, wodurch noch nicht wettbewerbsfähige Industrien vor unfairer Konkurrenz geschützt werden können. Die Alternative wäre Betriebsschließungen in den Entwicklungsländern - während der Exportweltmeister Deutschland neue Märkte erobert.

Bei **Dienstleistungen** (z.B. Wasser, Strom, Touristik, Straßenbau) verhält es sich ähnlich. Besonders die EU versucht nun eine Öffnung zu erzwingen, indem sie alle WTO-Mitglieder zu einem Mindestmaß an Marktöffnung verpflichten will.

Patente: Der in der WTO verankerte Patentschutz sichert die Rechte von großen Konzernen an ihren Erfindungen. Entsprechend den WTO-Regeln dürfen billigere, nachgeahmte Medikamente nur unter besonderen Bedingungen produziert und gehandelt werden. Dadurch werden viele Menschen von der Versorgung mit wichtigen Medikamenten abgeschnitten. Leidtragende sind beispielsweise die AIDS-Kranken in Afrika, die sich patentierte Medikamente, die das Fünffache kosten, nicht leisten können. Von den 14.000 Menschen, die sich täglich neu mit AIDS

infizieren, kommen 90% aus Afrika. Aber nicht nur bei medizinischen Standardversorgungen sind die Afrikaner die Verlierer. Westliche Unternehmer melden oft Patente auf die Wirkstoffe von Heilpflanzen aus Afrika an und entwickeln auf dieser Basis Gewinn bringende Medikamente. Die lokale afrikanische Bevölkerung geht dabei leer aus. Diese Biopiraterie geht unvermindert weiter, obwohl die Konvention über biologische Vielfalt (CBD) vorschreibt, dass genetische Ressourcen nur mit Zustimmung und bei einem fairen Gewinn ausgenutzt werden dürfen.

Schuldenerlass:

Mitte letzten Jahres entschlossen die acht reichsten Industrienationen für die achtzehn ärmsten Länder einen sofortigen Schuldenerlass. Im Rahmen des WTO wurde die Entscheidung auf weitere Länder erweitert. Während es für viele arme Länder und oder der Verfechter einer gerechteren Welthandelsordnung mit großen Hoffnungen verbunden war, hat sich inzwischen aus verschiedenen Gründen eine breite Skepsis verbreitet. Es gibt keine Mittel, die Geberländer zur vorbehaltlosen Zahlung zu zwingen. Selbst wie die Bundesregierung die relativ geringe Summe von 40 Millionen Dollar pro Jahr aufbringen wird, ist noch nicht klar. Es wird von Methoden, wie Abgabe auf Flugtickets gemunkelt, die aber den EU-Kollegen nicht behagen. Es ist also zu befürchten, dass der Schuldenerlass letztendlich vom Konto „Entwicklungshilfe“ abgebucht wird.

WTO – die „Refeudalisierung“ der Welt

Der Welthandel hat sich in den letzten 12 Jahren verdoppelt. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte ist der objektive Mangel besiegt und die Utopie des gemeinsamen Glücks möglich. Und gerade jetzt, so der Schweizer Soziologe und UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, findet eine brutale, massive Refeudalisierung statt, wobei diese neue Feudalherrschaft 1000 Mal brutaler als die aristokratische zu Zeiten der französischen Revolution ist. Dem Konsens Washingtons, d.h. der westlichen Welt zufolge müssen Kapital, Güter und Dienstleistungsströme vollständig privatisiert werden. Danach gäbe es keine öffentlichen Güter wie Wasser, Gene v. Menschen, Tiere oder Pflanzen. Alles wird in Besitz genommen und patentiert, wobei die Konzerne die Massenvernichtungswaffen Hunger und Verschuldung einsetzen. Letztes Jahr sind nach dem Welternährungsbericht 100.000 Menschen verhungert, dabei alle 5 Sekunden ein Kind unter 10 Jahren. Nach Ziegler ist das Mord. Seine Forderungen sind: **1.** Die theoretische Legitimation dieses Systems, der Konsens von Washington, die Ökonomisierung der Natur muss zerstört werden. **2.** Dann muss der Aufstand des Gewissens, der Sozialaufstand gegen die neue kosmokratische Minderheit organisiert und durchgesetzt werden. Entweder wird die strukturelle Gewalt der Konzerne gebrochen, oder die Demokratie oder Zivilisation wie sie in der UN Charta steht, ist vorbei und der Dschungel kommt. Ziegler sieht die zwei entscheidenden Organisationen für die Nord-Süd-Beziehungen, die WTO und IWF, als nicht reformierbar. Sie haben sich als willige Helfer der Kosmokraten bewährt. Die EU, USA, Kanada, Australien und Japan diktieren den Verhandlungsprozess. Sie haben eine totale Erpressungsmacht, weil sie 81% des Welthandels kontrollieren. Und sie können Mehrheitsentscheidungen blockieren, da alle Entscheidungen nur einstimmig von allen WTO-Mitgliedern getroffen werden. Zudem haben viele ärmere Länder gar nicht die Möglichkeit, an den langwierigen Verhandlungen ständig teilzunehmen. Z.B haben 18 afrikanische Länder gar keine Botschaft bei der WTO in Genf, weil sie es sich nicht leisten können.

Ein wichtiges Gegengewicht zur WTO ist schon jetzt die UNCTAD (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung); sie handelt viel mit der Zivilgesellschaft zusammen. Es wäre vielleicht vorstellbar, eine neue Organisation unter dem Dach der UNO anzusiedeln.

Gipfeltreffen der Afrikanischen Union und der EU-Kommission

(nach einem Bericht von **Demba Moussa Dembele**, Wirtschaftswissensch., Daka, Senegal)

Am 12 Oktober 2005 einigten sich die Teilnehmer des Gipfeltreffen der Afrikanischen Union und der EU-Kommission auf eine „Strategie der EU für Afrika“. Seit einigen Jahren hat sich Tony Blair an die Spitze des „Kampfs gegen die Armut“ in Afrika gestellt. 2004 setzte er eine Kommission für Afrika ein, die im Februar 2005 einen Bericht mit dem Titel „Our Common Interest“ - unser gemeinsames Interesse - vorgelegt hat. Auf diesen Bericht stützten sich die G8 auf ihrem Gipfel. An der Spitze der 17-köpfigen Kommission steht der britische Premierminister. Mitglieder sind u.a. der ehemalige Präsident des IWF, Michel Camdessus, der Präsident von Tansania, Benjamin Mkapa, der südafrikanische Finanzminister Trevor Manuel, der äthiopische Premierminister Meles Zenawi und eben Bob Geldorf. Nach einigen nichts sagenden einführenden Worten sagt der Bericht, das Elend sei auf ein „komplexes“ Bündel politischer, struktureller, ökologischer und menschlicher Faktoren zurückzuführen. Wichtigste Ursache seien jedoch die geografische und die schlechte Governance. Alle anderen Faktoren, wie Konflikte zwischen den Staaten, die Abhängigkeit hinsichtlich grundlegender Produkte, die geringe Produktivität der Landwirtschaft, die Verschlechterung des Bildungswesens und der Gesundheitsversorgung, eine Folge der horrenden Auslandsverschuldung der afrikanischen Staaten, Kapitalflucht, Verschlechterung der Terms of Trade, brain drain -, dies alles, glaubt man diesem Bericht, spielt eine lediglich untergeordnete Rolle. Die Rolle des internationalen Umfelds (Verschlechterung der Terms of Trade und Kapitalflucht) z.B. wird allenfalls gestreift; und auf die Machtverhältnisse, die in den internationalen Beziehungen vorherrschen, geht der Bericht nicht ein, obwohl gerade sie für die dominierende Rolle der Industriestaaten in den internationalen Institutionen verantwortlich sind. Unerwähnt bleiben auch, welche Rolle die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des IWF beim wirtschaftlichen und sozialen Niedergang des Kontinents gespielt haben, ebenso das koloniale Vermächtnis, das in erster Linie für die „Balkanisierung“ des afrikanischen Kontinents verantwortlich ist. Für bad governance werden ausschließlich die Afrikaner verantwortlich gemacht. Damit lassen sich die Folgen des neokolonialen Systems, das überall in Afrika nach der Unabhängigkeit entstanden ist, bequem verschleiern.

Etwas mehr Objektivität lässt dagegen die Kritik an der Entstehung der Auslandsverschuldung erkennen. So konzediert der Bericht tatsächlich, dass „die Auslandsverschuldung in erster Linie auf das Konto von Diktatoren geht, die sich dank des Erdöls, der Diamanten und anderer Ressourcen ihrer Länder bereichert haben und die während des Kalten Krieges von den Ländern unterstützt wurden, an die heute die Schulden zurückgezahlt werden müssen. Viele dieser Herrscher haben Milliarden Dollar gehortet (...), wobei sie sich der Finanzsysteme der Industrieländer bedient haben.“ Und wie soll die Verelendung des afrikanischen Kontinents gestoppt werden?

I. Der Bericht formuliert 5 klassische Empfehlungen:

- Die Durchsetzung von Good Governance,
- die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit,
- die Entwicklung der Human Resources,
- die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums,

die Erhöhung der Ausfuhren.

Zu diesem Zweck soll die jährliche Entwicklungshilfe für Afrika verdoppelt werden. Bis 2010 solle man diese auf jährlich 25 Milliarden Dollar aufstocken. Danach soll Bilanz gezogen werden. Falls notwendig soll sich von 2011 bis 2015 eine zweite Tranche von 25 Milliarden Dollar jährlich anschließen.

Da sich jedoch nichts bei der Planung und Umsetzung der Hilfe geändert hat, erscheint es mehr als zweifelhaft, ob dieses Vorhaben erfolgreich sein wird. Bekannt ist inzwischen, dass praktisch über 90 Prozent der Hilfe wieder zurückfließt. Die meisten Bedingungen, unter denen die Hilfe gewährt wird (Liberalisierung der Wirtschaft, Integration in den Globalisierungsprozess usw.) bewirken tendenziell, dass jeder mögliche Nutzen wieder zunichte gemacht wird. Ein Resultat, das sogar von der Blair-Kommission eingeräumt wird.

II. Ein weiterer Vorschlag: die Aufstockung der Hilfe über Anleihen auf dem Kapitalmarkt. Dazu soll ein internationaler Finanzierungsfonds (IFF) etabliert werden, in den 15 Jahre verpflichtend eingezahlt würde. Als Gegenleistung würden die Empfängerländer „mehr wirtschaftliche Verpflichtungen gegenüber den Geberländern eingehen“. Die Entwicklungshilfe könnte sich zwar auf einen berechenbaren und stetigen Kapitalzufluss stützen, für die südlichen Länder brächte es aber nur noch weitere wirtschaftliche Auflagen - und die Reform des Handelssystems oder die Herstellung von globalen öffentlichen Gütern träten in den Hintergrund. Neben der Erhöhung der Entwicklungshilfe will die G8 einigen, d.h. den ärmsten Staaten einen 100prozentigen Schuldenerlass gewähren - gestreckt über 40 Jahre. Dieser käme 18 der 62 Staaten zugute. **Die wichtigste Voraussetzung für den Schuldenerlass ist jedoch, dass Liberalisierung und Privatisierung noch intensiver betrieben werden.** Der größte Teil der Entwicklungshilfe kommt vom Privatsektor - Daher auch die starke Betonung auf Good Governance. Damit sollen günstige Bedingungen für die ausländischen Investitionen geschaffen werden, und die G8 betonen, dass „Privatunternehmen der wichtigste Motor für Wachstum und Entwicklung sind“. Es fällt also kein Wort über die Rolle des Staates bei der Umverteilung des Reichtums, bei der Sicherung des Zugangs zu Basisgütern und -dienstleistungen wie Wasser oder Elektrizität oder im Kampf gegen die Ungleichheit. Das sind die gleichen Rezepte, die in der Vergangenheit lt. Aussage der Organisation Christian Aid, „extrem hohe und soziale wirtschaftliche Kosten - wie Verlust von Arbeitsplätzen und Ruin kleiner Unternehmen - zur Folge hatten. Demnach habe die Liberalisierung des Handels für die afrikanischen Länder seit 1985 Verluste in Höhe von 270 Milliarden Dollar verursacht.

Die G8 hüten sich, das Thema „Agrarsubventionen“ in den reichen Ländern anzuschneiden, obwohl gerade diese zumindest teilweise für die Armut in den afrikanischen Ländern verantwortlich sind. So führten etwa die umfangreichen Subventionen der USA für die 25.000 Baumwollfarmer dazu, dass die Weltmarktpreise für Baumwolle um 25% sanken. Für Benin, Burkina Faso und Mali (die zu den LDC gehören) bedeutete das einen Ausfall von 300 Millionen Dollar an Exporteinnahmen. Über den einzigen wohl originellen Vorschlag haben die G8 geflissentlich hinweggesehen: Die Kommission für Afrika forderte nämlich diejenigen Gelder, die den afrikanischen Völkern von diktatorischen Regimen entzogen und in westlichen Ländern angelegt wurden, zu repatriieren. Die Gelder machen mehr als die Hälfte der afrikanischen Auslandsschulden aus, also mehrere hundert Milliarden Dollar.

Der Gipfel ist gescheitert. Und Dembélé sieht darin keinen Zufall: „Die Armut historisch zu überwinden ist nicht möglich, wenn man sich nicht zugleich von den Politiken und Institutionen verabschiedet, die für diese Armut verantwortlich sind.“